

## Führt der Wohlfahrtsstaat zu abweichendem Verhalten?

Friedrichs, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Friedrichs, J. (1996). Führt der Wohlfahrtsstaat zu abweichendem Verhalten? In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 450-458). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140553>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Führt der Wohlfahrtsstaat zu abweichendem Verhalten?<sup>1</sup>

*Jürgen Friedrichs*

Der Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum, staatlicher Wohlfahrt und Anomie ist in Deutschland vor allem von Klages (1975, 1977, 1981, 1984; Klages, Franz und Herbert, 1987) behandelt worden. Er greift dabei auf Arbeiten von Olson (1973) und Davies (1979) zurück. Sein zentrales Argument lautet, der Wohlfahrtsstaat habe die Tendenz, Anomie zu erzeugen. Als Indikatoren der Anomie verwendet er (1984: 10) so heterogene Merkmale wie Kriminalitätsraten, Scheidungsraten und Selbstmordziffern, aber auch Streiks, Wehrdienstverweigerung, Alkoholismus, Drogenkonsum sowie Existenzangst. Im einzelnen besteht seine Begründung für die generelle Annahme aus folgenden Aussagen.

Es bestehe ein »gespaltenes Staatsbild«: »Der Staat wird einerseits als ein Wohlfahrt produzierendes Dienstleistungsunternehmen geschätzt«, andererseits wird ihm »als einem autoritativen, mit Eigenansprüchen und »Belastungszumutungen« auftretenden Staat nur widerstrebend und zögernd Legitimität zuerkannt« (Klages, Franz und Herbert, 1987: 25). Gesellschaftsverständnis und objektive Leistungen der herrschenden politischen Eliten fielen mit den »subjektiven Lebensbefindlichkeiten« der Menschen auseinander: »Die objektiven Zuwächse an Leistungen haben nicht zu der erwarteten subjektiven Lebenszufriedenheit geführt« (Klages, 1977: 200). So zeigen seine empirischen Untersuchungen, daß die Lebenszufriedenheit nicht mit dem sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau steigt (wie auch internationale Studien belegen), sie unterliegt erheblichen Schwankungen im Zeitablauf; ferner korrelieren Unzufriedenheit und Bildungsniveau hoch positiv, wobei das Einkommensniveau nur einen geringen Effekt hat (Klages, 1984: 9).

Zudem werde der Staat für ein erhöhtes Maß an Bedürfnisbefriedigung nicht durch höhere Legitimität belohnt (1977: 204). Diese These wird durch empirische Daten in einer anderen Studie (Klages, Franz und Herbert, 1987) belegt. Diese Bedingungen führen zu einer Entstabilisierung des Sozialstaates, zu wach-

sender Staatsverdrossenheit und einer Legitimitätskrise in den westlich-demokratischen Sozialstaaten (Klages, 1977: 194).

Die These, der Staat sei, um Legitimität zu gewinnen, auf die Zustimmung der Bürger angewiesen, ist u.a. auch von Olson (1973) vertreten worden. Diese Zustimmung aber ist wechselhaft und erfordert ständige Umverteilungen und neue wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Solche Bestrebungen von Individuen und Gruppen lassen sich als eine steigende Suche nach Renten (*»rent seeking«*) bezeichnen und sind ein Merkmal demokratischer Staaten (ausführlich: Weede, 1990: 129-147).

Eine Analyse des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Ungleichheit und Kriminalität nehmen auch Haferkamp, Heiland u.a. (1984; Heiland, 1984) vor; der Artikel enthält auch eine kritische Diskussion einzelner Annahmen von Klages. Ihr wichtigster Befund lautet: Nur unter den Bedingungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs und einer erhöhten sozialen Ungleichheit steigt die Kriminalität, im entgegengesetzten Fall (Abschwung und geringere soziale Ungleichheit) sinkt sie (1984: 85f.). Die empirischen Ergebnisse, zitiert aus einer Studie von Heiland (1983), zeigen, daß nur unter der Bedingung eines wirtschaftlichen Aufschwungs und steigender sozialer Ungleichheit die Kriminalitätsraten ansteigen. So belegen auch die Studien von Ellermann (1984) über neun Großstädte und die von Friedrichs (1985) über alle Großstädte in der Bundesrepublik einen positiven Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und (Einkommens)delikten.

Der bislang behandelte Teil der Hypothesen von Klages bezieht sich auf die Makroebene. Je höher der Wohlstand in einer Gesellschaft ist, desto höher ist die staatliche Wohlfahrt. Je höher die staatliche Wohlfahrt ist, desto geringer werden a) die Legitimation und b) die Stabilität des Staates, ferner c) steigt das Ausmaß der Anomie.

Die eigentliche Begründung dieser Hypothesen kommt aus einer Reihe mikrosoziologischer Annahmen. Dessen wichtigste läßt sich folgendermaßen explizieren: Je höher die staatliche Wohlfahrt, desto größer wird die Diskrepanz von Ansprüchen und deren Befriedigung.

Um diese Diskrepanz zu erklären, zieht Klages die Theorie der relativen Deprivation heran, und zwar nur in der Fassung von Davies (1979). Auf die ausführliche Diskussion des Konzepts und der Hypothesen bei Gurr (1970) und bei Runciman (1966) geht Klages nicht ein.

Die Hypothese von Davies (1979: 402) lautet: Revolutionen sind die Folge relativer Deprivation. Wenn auf eine längere Phase wirtschaftlichen Wachstums und parallel steigender Wohlstandserwartungen plötzlich eine Rezession eintritt, bleiben die subjektiven Wohlstandserwartungen (zunächst) weiterhin hoch. Es

tritt eine Diskrepanz zwischen Erwartungen und objektiver Entwicklung ein, dies ist die subjektive relative Deprivation. Eine Folge sind Revolutionen.

Das Ausmaß der relativen Deprivation bezeichnet Klages als »aspiration-achievement-gap«. Diese Differenz steigt mit der Höhe der subjektiv vermuteten Erfüllungswahrscheinlichkeit.

## 1. Armut und Einkommensungleichheit

Aus diesen Analysen ergibt sich als eine wesentliche Bedingung der Instabilität das Ausmaß der sozialen Ungleichheit. Dies kann objektiv über Indikatoren wie Erwerbslosigkeit und Wohnraumversorgung oder subjektiv über Zufriedenheit und Ängste gemessen werden. Unter den subjektiv Unzufriedenen sind es erstaunlicherweise eher Jüngere und hier unverheiratete Arbeiter und einfache Angestellte und Beamte der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre, die mit dem Leben unzufrieden sind. Darüber hinaus gibt es Überschneidungen zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen, wobei ein statistisch geringer positiver Effekt der objektiven Mangellage auf die subjektive Problemlage besteht. Überschneidende Problemlagen gibt es vor allem bei Alleinlebenden, die keine engen Freunde haben. Ferner zeigt sich, daß Unzufriedene auch häufiger niedergeschlagen oder von Ängsten und Sorgen betroffen sind (Berger, 1984: 279).

Von Armut betroffen sind Frauen etwas stärker als Männer, Nicht-Deutsche stärker als Deutsche, Geschiedene und verheiratet getrennt Lebende stärker als die restlichen Haushalte. Tendenziell sinkt der Anteil der Armen mit dem Alter, der Gemeindegröße und mit der Höhe der Schulbildung. Besonders betroffen sind Hauptschüler ohne Lehre (9,8%), am wenigsten Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur (2,0%) und Personen mit Hochschulstudium (0,1%). Besonders betroffen von Armut sind Ein-Eltern-Haushalte, von denen 26,2% unter die Armutsgrenze fallen, während es bei den Ein-Personen-Haushalten nur 3,9% im Jahr 1991 sind (Krause 1992: 15).

## 2. Ausweitung der Ansprüche an den Staat

Die Annahme, die Ansprüche an den Staat hätten sich beträchtlich ausgeweitet, ist empirisch gut belegt. Roller (1992: 55) zeigt anhand einer Auswertung von Daten des Allbus 1984, daß eine Ausweitung wohlfahrtsstaatlichen Handelns

von den Bürgern gefordert wird. Nach der beruflichen Stellung fordern dies die Arbeiter (28%) am meisten, darauf folgen die Beamten (23%). Besonders stark befürwortet wird die Ausweitung von Arbeitslosen (61%) und Studenten (51%), von Postmaterialisten (41%) und Anhängern der Grünen (55%; zum Vergleich: SPD-Anhänger: 33%, CDU-Anhänger: 14%).

Zu dem gleichen Ergebnis gelangen Zapf u.a. (1987). Sie untersuchten anhand der Daten des »Wohlfahrtssurvey 1984«, welche von 15 Aufgaben vorwiegend dem Staat, gesellschaftlichen Einrichtungen oder privaten Kräften zugeschrieben werden. Bei zehn dieser fünfzehn Aufgaben war die Mehrheit der Bevölkerung dafür, daß der Staat diese Leistungen übernehme. Hierzu gehören finanzielle Absicherungen bei Arbeitslosigkeit, im Alter, für sozial Schwache, für den Krankheitsfall; ferner Ver- und Entsorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Umweltschutz, medizinische Versorgung, angemessener Wohnraum, Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Jene, die vor allem dem Staat die Zuständigkeit zuschreiben, sind eher jüngere Bürger, Personen mit höherer Bildung und Personen mit einer postmaterialistischen Einstellung.

### 3. Ansprüche und Loyalität

Eine weitere Hypothese lautet, vom Staat werde erwartet, die Pluralität der Lebensbedingungen und die soziale Vorsorge zu sichern, ohne daß jedoch damit eine höhere Legitimation des Staates oder Loyalität ihm gegenüber verbunden sei. Im Ansatz lassen sich hierzu durch eine Sekundäranalyse der Daten des Allbus 1990 und 1992 Aussagen machen.

Drei solcher Ansprüche werden einbezogen: Die Aufgabe des Staates sei es, die Einkommensunterschiede zu verringern, die Arbeitsplätze zu garantieren, die Mindesteinkommen zu garantieren. Die Ergebnisse stützen die Hypothese statistisch signifikant: Alle drei Ansprüche, am stärksten der auf Garantie der Arbeitsplätze werden mit zunehmender Zufriedenheit weniger gestellt.

Die gleiche Hypothese läßt sich noch auf eine andere Weise testen. Im Allbus 1992 wurde eine Batterie von Fragen gestellt, ob man stolz auf die wirtschaftlichen, sportlichen, kulturellen u.a. Erfolge der BRD sei. Den Befragten wurden Kärtchen mit je einem Bereich übergeben, aus ihnen sollten sie »diejenigen drei Dinge« auswählen, »auf die Sie am meisten stolz sind«. Entsprechend konnte ein Bereich genannt oder nicht genannt werden; zusätzlich gaben 11% an, auf gar nichts stolz zu sein. Um den »Stolz auf die BRD« zu messen, wurden drei Bereiche ausgewählt: Stolz auf das Grundgesetz (39%), die wirtschaftlichen Erfolge

(58%), die sozialstaatlichen Leistungen (36%). (Die Zahlen in Klammern geben den Anteil jener an, die auf dem Bereich stolz sind.) Die Angaben auf diese drei Fragen wurden sodann in einem Index »Stolz auf die BRD« zusammengefaßt.

Wer sind nun diejenigen, die stolz auf den Staat sind und geringe Ansprüche stellen im Vergleich zu jenen, die nicht stolz auf ihn sind, aber hohe Ansprüche stellen? Um diese Frage zu beantworten, wurde der Index »Stolz« mit den Antworten auf die erwähnten drei Fragen nach der Verringerung der Einkommensunterschiede, der Arbeitsplatzgarantie und der Garantie von Mindesteinkommen herangezogen. Die Antworten auf die drei Aufgaben wurden zu drei Gruppen niedriger, mittlerer und hoher Ansprüche zusammengefaßt.

Die »Illoyalen« sind eher unter den Frauen, den 18-24-jährigen und den Haushalten der niedrigsten Einkommen zu finden. Vermutlich sind viele alleinerziehende Mütter und geschiedene Frauen ohne eigenes Einkommen darunter. Die »Loyalen Anspruchssteller« sind ebenfalls (etwas) zahlreicher unter den Frauen, nehmen mit dem Alter der Befragten zu – es sind sehr viel weniger unter den 18-24-jährigen als unter den über 60-jährigen – es sind mehr in der Einkommensgruppe zwischen 1.500-2.000 DM. Hier wiederum dürfte ein großer Teil Rentner/innen sein. Die »Loyalen Verzichter« sind zahlreicher unter den Männern, der Altersgruppe der 25-44-jährigen und – kaum verwunderlich – Personen aus Haushalten mit hohen Einkommen. Es sind vermutlich ganztags erwerbstätige Personen mit guten bis sehr guten Einkommen, erfolgreich und stolz auf den Staat, weshalb sie meinen, ihn nicht in Anspruch nehmen zu wollen oder zu müssen.

#### 4. Ansprüche und relative Deprivation

Im letzten Teil sollen die oben dargestellte Theorie von Davies und einige der daraus entwickelten Hypothesen von Klages untersucht werden. So ist zu vermuten, die Typen von Ansprüchen würden durch die Beurteilung der eigenen ökonomischen Situation beeinflusst. Um das Urteil über die subjektive ökonomische Situation zu erfassen, eignen sich zwei Fragen des Allbus: Ob man meine, einen gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu haben, und ob »Leute wie ich und meine Familie« die Chance hätten, ihren Lebensstandard zu erhöhen.

In beiden Fällen lautet die Hypothese, Benachteiligte (keinen gerechten Anteil, keine Chance) seien stärker »Illoyale«, nicht Benachteiligte dagegen »Loyale Verzichter«. Wie die Daten belegen, ist dies eindeutig der Fall. Von denen, die weniger als einen gerechten Anteil haben, sind 23,8 % »Illoyale« Ansprüche-

steller, aber nur 5,8% derer, die mehr als einen gerechten Anteil haben. Von jenen, die meinen, einen gerechten oder mehr als gerechten Anteil zu haben, sind 27,0% »Loyale Verzichter«. Nach der Zusammensetzung der Typen interpretiert: Unter den »Loyalen Verzichtern« sind 82,8% der Ansicht, einen gerechten oder mehr als gerechten Anteil zu erhalten; unter den »Illoyalen Ansprüchstellern« sind es 62,3% Befragte, die meinen, sehr viel oder etwas weniger als den gerechten Anteil zu erhalten.

Sehr ähnlich sind die Ergebnisse, wenn man nach der Chance fragt, den eigenen Lebensstandard erhöhen zu können.

## 5. Relative Deprivation und Anomie

Die letzte Hypothese des Modells lautet, relative Deprivation führe zu Anomie. Diese Hypothese ist schwierig zu testen, weil Klages sehr unterschiedliche Indikatoren der Anomie verwendet. Empirisch nachweisbar ist ein Anstieg der Kriminalität (Häufigkeitsziffern) seit 1990, insbesondere seit 1992, wobei sich vor allem die Eigentumsdelikte erhöht haben (vgl. Friedrichs, 1994). Ein anderer Indikator ist die Bereitschaft, Normen zu brechen bzw. sie weniger zu akzeptieren. Sind Personen, die hohe Ansprüche an den Staat stellen, aber keinen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten, eher bereit, Normenbrüche zu billigen? Um diese Frage zu beantworten, wurde der Index der Ansprüche herangezogen, ferner die Antworten auf die Frage nach dem gerechten Anteil dem Verhaltensurteil über drei (abweichende) Verhaltensweisen – Steuerbetrug, Wohnungseinbruch und Ladendiebstahl – gegenüber gestellt.

Gäbe es unter den stark benachteiligten Personen eine stärkere Tendenz zum Normenbruch, hier als Einstellung gemessen, so sollten die Anteile derer, die einen Normenbruch »sehr schlimm« finden, bei denen mit niedrigen Ansprüchen und (mehr als) gerechtem Anteil hoch sein. Im Gegensatz sollten die Anteile, die den Normenbruch als »sehr schlimm« ansehen, niedrig bei jenen sein, die hohe Ansprüche haben und weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard haben. Das aber ist nicht der Fall, die Unterschiede sind nicht signifikant.

## Zusammenfassung

Ausgehend von der These von Klages, der Wohlfahrtsstaat habe die Tendenz, Anomie zu erzeugen, wurden die Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum, staatlicher Wohlfahrt und Anomie untersucht.

Die Ansprüche an den Staat lassen sich empirisch gut belegen. Schwieriger ist es, Bedingungen anzugeben, unter denen nicht (mehr) erfüllte Ansprüche auch zu einem erhöhten Ausmaß abweichenden Verhaltens führen. Wie die Analyse zeigte, hat eine Reihe sozialer Gruppen real Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, so daß eine Kürzung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für ihre Existenzbedingungen prekär ist. Es ist daher sinnvoll, auf die ursprüngliche Fassung der Deprivations-Hypothese zurückzugreifen: Je höher die subjektiv wahrgenommene Diskrepanz von Ansprüchen und deren Erfüllung – im Vergleich zu anderen Personen – ist, desto eher werden Personen, auf die dies zutrifft, zu abweichendem Verhalten neigen.

Die empirischen Analysen mit Hilfe des Allbus dienten dazu, die angeführten Hypothesen zu prüfen. Sie erbringen zunächst, daß 28,6% der Befragten mit der BRD eher nicht zufrieden und 16,7% weder auf das Grundgesetz, noch die wirtschaftliche Leistung, noch auf den Sozialstaat stolz sind. Hingegen werden erhebliche Ansprüche an den Staat gestellt, am stärksten mit rd. 70% von jenen, die nicht auf den Staat stolz sind. Dennoch kann von einer »Vision stetig erweiterter Gratifikationen« und einer »Anspruchsexplosion« (Klages, 1977: 203) wohl kaum die Rede sein.

Die Annahme, Ansprüche und Loyalität fielen auseinander, wird durch diese Ergebnisse bestätigt; jedoch handelt es sich – im Gegensatz zu der Annahme von Klages – bei den »Illoyalen Ansprüchstellern« um eine kleine Gruppe. Diese Befunde stützen die These von der relativen Deprivation. Aufgrund der Daten dieser Erhebung im Jahre 1990 sind 10% der Bevölkerung in starkem Maße von relativer Deprivation betroffen. Das Konfliktpotential, berechnet aufgrund von Indikatoren über Aussagen zu sozialen Konflikten, ist jedoch höher, wie die Analysen für das Jahr 1992 zeigten. Was sich entgegen den Annahmen zahlreicher Autoren hingegen nicht nachweisen läßt, ist ein Zusammenhang von Illoyalität oder von Deprivation und der Bereitschaft zum Normenbruch. *Konfliktpotential* bedeutet aber noch keinen zunehmenden Normenbruch, dazu bedarf es erst weiterer erschwerender Bedingungen, die die Handlungschancen noch weiter einschränken. Es ist demnach keineswegs gesichert, daß der Wohlfahrtsstaat zu erhöhter Anomie führt.



## Anmerkung

- 1 Sehr erheblich gekürzte Fassung eines Vortrags. Eine vollständige und überarbeitete Fassung mit allen Tabellen wurde bei der Zeitschrift für Soziologie eingereicht.

## Literatur

- Berger, Regina (1984), Problemgruppen. S. 264-306 in: Wolfgang Glatzer und Wolfgang Zapf (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a. M./New York.
- Davies, James C. (1962), Toward a Theory of Revolution. American Sociological Review 27: 5-19. Dt.: Eine Theorie der Revolution. S. 399-417 in: Wolfgang Zapf (Hg.): Theorien des sozialen Wandels. Königstein/Ts. 1979.
- Ellermann, Ludwig (1984), Wohlstand und Großstadtkriminalität. S. 133-154 in: Hans Haferkamp (Hg.): Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme. Opladen.
- Friedrichs, Jürgen (1985), Kriminalität und sozio-ökonomische Struktur von Großstädten. In: Zeitschrift für Soziologie 14: 50-63.
- Friedrichs, Jürgen (1994), Anomietendenzen und soziale Integration. Schleswig-Holstein im Vergleich. Gutachten für die Staatskanzlei Schleswig-Holstein. Kiel.
- Gurr, Ted R. (1970), Why Men Rebel. Princetown, N.J.
- Haferkamp, Hans und Heiland, Hans-Günther (1984), Herrschaftsverfall und Macht-rückgewinn. Zur Erklärung von Paradoxien des Wohlfahrtsstaates. S. 60-103 in: Hans Haferkamp (Hg.): Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme. Opladen.
- Heiland, Hans-Günther (1983), Wohlstand und Diebstahl. Bremen.
- Heiland, Hans-Günther (1984), Lebenslage, Ungleichheit und die Entwicklung der Eigentumskriminalität. S. 104- 132 in: Hans Haferkamp (Hg.): Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme. Opladen.
- Klages, Helmut (1975), Die unruhige Gesellschaft. Untersuchungen über die Grenzen und Probleme sozialer Stabilität. München.
- Klages, Helmut (1977), Wohlfahrtsstaat als Stabilitätsrisiko. S. 192-207 in: Horst Baier (Hg.): Freiheit und Sachzwang: Beiträge zu Ehren Helmut Schelskys. Opladen.
- Klages, Helmut (1981), Überlasteter Staat – verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt a. M./New York.
- Klages, Helmut (1984), Wohlstandsgesellschaft und Anomie. S. 6-30 in: Hans Haferkamp (Hg.): Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme. Opladen.
- Klages, Helmut, Franz, Gerhard und Herbert, Willi (1987), Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt a. M./New York.
- Krause, Peter (1992), Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 49/92: 3-17.
- Olson, Mancur Jr. (1963), Rapid Growth as a Destabilizing Force. In: Journal of Econo-

- mic History 23: 529-552. Dt.: Rapides Wachstum als Destabilisierungsfaktor. S. 205-222 in: Klaus von Beyme (Hg.): Empirische Revolutionsforschung. Opladen 1973.
- Roller, Edeltraut (1992), Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Runciman, W. C. (1966), Relative Deprivation and Social Justice. London.
- Weede, Erich (1990), Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Tübingen.
- Zapf, Wolfgang u.a. (1987), Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München.